

Gerhard Schüsselbauer, Gesamteuropäisches Studienwerk e.V., Vlotho



UNGARN (MAGYARORSZÁG)

Fläche	93 036 km ² (größer als bspw. Bayern)
Einwohner	10,0 Mio. Einwohner (vgl. Baden-Württemberg – 10,7 Mio. EW)
Einwohner/km²	109 Einwohner / km ²
Hauptstadt	Budapest (1,72 Mio. Einwohner, vgl. Hamburg oder Wien)
Staatsform	Parlamentarische Republik Ungarn verfügt über ein Ein-Kammern-System mit einem Staatspräsidenten (Pál Schmitt, seit 2010) als Staatsoberhaupt, der die Regierung ernennt und repräsentative Aufgaben wahrnimmt. Ministerpräsident war bis April 2010 der parteilose, den Ungarischen Sozialisten nahestehende Gordon Bajnai. Die Wahlen vom April 2010 hoben nun den früheren Ministerpräsidenten Viktor Orbán der bürgerlich-konservativen Partei Fidesz mit einer Zweidrittel-Mehrheit ins Amt.
Religion	6,6 Mio. Katholiken, 2 Mio. Calvinisten, 430 000 Lutheraner, ferner Orthodoxe, Juden und Muslime
BIP/Einwohner	16.800 € (nach Kaufkraftstandard, 2008) zum Vergleich: BIP/Kopf in Deutschland ca. 29.300 € Niveau des BIP/Kopf: 63 % des Durchschnitts der EU (27)
BIP-Wachstumsrate	+1,5 % (2008), -6,4 (2009), +0,5 (2010 Prognose)
davon Anteil der Beschäftigten in:	
Landwirtschaft: 4,0 %	Industrie: 29,6 % Dienstleistung + Staat: 66,4 %
Inflationsrate	4,0 % (Juli 2010)
Arbeitslosenquote	11,1 % (Juni 2010)

Aus historischen und politischen Erwägungen („**Rückkehr nach Europa**“ nach Jahrzehnten der sowjetischen Zwangsherrschaft) genoss der am **1. Mai 2004** erfolgte **Beitritt** Ungarns zur **EU** einen sehr hohen Stellenwert in der ungarischen Außenpolitik. Ungarn versteht sich als europäisches Land mit einer über 1000-jährigen Geschichte, auch wenn die Ungarn/Magyaren ethnisch betrachtet ursprünglich aus dem Inneren Asiens stammen und so ihre eigene finno-ugrische Sprache mitbrachten. Nach der Niederlage auf dem Lechfeld bei Augsburg im Jahr 955 gegen König Otto I, den späteren Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, hat Ungarn während seiner Geschichte immer wieder bewiesen, dass es als Modell zur Integration verschiedener Nationen und Kulturen dienen kann. Schon die Heirat des im Jahr 1000 gekrönten Heiligen Stephan I. mit Gisela, der Schwester des HRR Kaisers

Heinrich II., trug zur Einbindung Ungarns in die feudale Herrschaftsarchitektur in Europa bei, die insbesondere in die Hochphase, aber auch den Niedergang der Habsburger k. u. k. Donaumonarchie mündete.

Da Ungarn bereits früher bi- oder trilaterale Verträge geschlossen hat bzw. in supranationale Organisationen eingebunden war, wird die Mitgliedschaft in der EU weniger als Souveränitätseinbuße verstanden, sondern als Möglichkeit bewertet, durch supranationale Gremien den Einfluss kleinerer Nationen zu stärken. Seit März 1999 ist Ungarn auch Mitglied in der **NATO**. Darüber hinaus legt Ungarn Wert auf ein gutes Verhältnis zu seinen Nachbarstaaten (Rumänien, Slowakische Republik, Ukraine, Serbien, Kroatien, Slowenien und Österreich) und die Unterstützung der dort lebenden, zahlenmäßig sehr bedeutsamen ungarischen Minderheiten. Allein in Rumänien leben ca. 1,6 Mio. Menschen ungarischer ethnischer Abstammung. In der Slowakei sind das ca. 550.000, in Serbien ca. 300.000 Menschen. Insgesamt leben etwa 4,5 Mio. ethnische Ungarn außerhalb der Landesgrenzen.

Von der seit 2004 bestehenden EU-Vollmitgliedschaft erhofft sich Ungarn

- die endgültige „**Rückkehr**“ in die westliche Welt und Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit im kollektiven Zwangssystem
- **Stabilität** und **Sicherheit** für das Land, das an viele südosteuropäische Länder grenzt (Serbien, Kroatien, Rumänien)
- Aufbau möglichst **guter Beziehungen zu den Nachbarstaaten**
- Förderung der **regionalen Zusammenarbeit** sowie
- eine nachholende **Modernisierung der Volkswirtschaft**, den Anschluss an den dynamischen europäischen Binnenmarkt (europäischer Kernraum) und die **Stabilisierung der Demokratie** und des gesellschaftlich-ökonomischen Wandlungsprozesses. Zugleich ist den Ungarn bewusst, dass in der Europäischen Union das niedrige Pro-Kopf-Einkommen und soziale Diskrepanzen im Lande als problematisch bewertet werden. Zudem ist klar, dass es in den „alten“ EU-Ländern wenig engagierte Befürworter für eine Öffnung der bislang bestehenden Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer gibt. Vor allem Deutschland und Österreich wollen ihre Arbeitsmärkte für ungarische und auch andere mittel- und osteuropäische Arbeitnehmer nicht vor 2011 öffnen.
- vor allem eine zügige **Verbesserung des Lebensstandards**, wobei den EU-Sozialstandards große Bedeutung beigemessen wird.

Der Beitritt möglichst weiterer mittel- und südosteuropäischer Staaten zur EU lag immer im Interesse Ungarn. Auch die seit 2007 bestehende EU-Vollmitgliedschaft Rumäniens, gerade wegen der dort lebenden **ungarischen Minderheit**, sowie Bulgariens wurde stets gut geheißt und der Beitritt Kroatiens wird nachhaltig unterstützt. Dadurch soll die Gefahr einer neuen Teilung Europas gebannt und die Spaltung in ein wohlhabendes, stabiles Westeuropa und ein instabiles Osteuropa vermieden werden. Auch dem gegenwärtig auf EU-Ebene zu verhandelnden Beitritt der Türkei steht die offizielle ungarische Politik positiv gegenüber, wenn seitens der Türkei die Kopenhagener Kriterien zur Gänze erfüllt werden können. Historische Feindseligkeiten aufgrund der mehr als 150 Jahre dauernden türkischen Fremdherrschaft im 16. und 17. Jahrhundert spielen in dieser Frage offenbar keine Rolle.

Das politische System seit 1989

Ungarn löste sich schon in den 1970er und 1980er Jahren langsam, gradualistisch von dem autoritären sozialistischen System (Stichwort: „Gulaschkommunismus“). Seit Ende der 1980er Jahre entwickelte sich eine parlamentarische Demokratie. Ungarns Wende war nicht durch eine gesellschaftliche Revolution oder einen Umsturz geprägt, sondern maßgeblich durch Kräfte des Reformsozialismus innerhalb der ehemaligen kommunistischen Partei MSZMP bestimmt. Dies unterscheidet die Entwicklung in Ungarn deutlich von der Wende in

der ehemaligen DDR oder dem Druck seitens der anti-kommunistischen Gewerkschaftsbewegung Solidarność in Polen. Gleichwohl bildete sich auch in Ungarn eine starke anti-kommunistische Protestbewegung heraus.

Ungarn gelang in den Jahren **1989/1990** der **friedliche Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem**. Der friedliche Wechsel von Regierungen zeugt von der relativen Stabilität der ungarischen Demokratie. Auch wenn der politische Konsolidierungsprozess nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann, verfügt Ungarn über eine relativ breite parlamentarische Parteienstruktur sowie momentan stabile Regierungs- und Koalitionsverhältnisse. Das Parteiensystem (sozialdemokratische/postsozialistische und linksliberale Richtung sowie bürgerlich-konservative Richtung) zeigte in der Vergangenheit die Polarisierung der politischen Landschaft. In Folge der Parlamentswahlen im Jahre 2002 wurde die Mitte-Rechts-Regierung von einer postsozialistisch-linksliberalen Koalition abgelöst. Der Beitritt zur EU 2004 war auch für die damalige Regierung das vorrangige Ziel. Insofern war auch hier Kontinuität zu beobachten.

Mittlerweile ist das ungarische Verfassungsgericht – es entspricht etwa dem deutschen Bundesverfassungsgericht – zu einer populären staatlichen Institution geworden. Die Minderheiten in Ungarn haben das Recht, sich selbst zu verwalten und ihre Sprache und Kultur zu pflegen. Jedoch sind die individuellen und kollektiven Rechte der ethnischen Gruppe der Roma noch immer ungenügend. Ihr Ausbildungsstand und ihre Lebensbedingungen liegen deutlich unter denen der Mehrheit der ungarischen Bevölkerung. Die Kernfrage richtet sich hier nach den Möglichkeiten und dem Willen zur sozialen Inklusion der Roma-Minderheit.

Auch die zunehmende regionale Kooperation mit den Nachbarstaaten und die Klärung von Minderheitenfragen mit den Nachbarn im Rahmen von Grundlagenverträgen waren sehr gute Voraussetzungen für den EU-Beitritt. Die Öffnungen bisheriger Grenzübergänge (beispielsweise mit der Slowakischen Republik) schafften günstige Voraussetzungen für eine zunehmende ökonomische und kulturelle Verflechtung. Getrübt wurde das Bild jedoch massiv durch starke populistische Strömungen sowohl in der Slowakei als auch in Ungarn, die die Minderheiten in den letzten Jahren gegeneinander aufhetzten. Trotz der latenten oder auch offen ausgetragenen Spannungen wuchsen der Handel und die wirtschaftliche Verflechtung Ungarns mit seinen direkten Nachbarn in den beiden letzten Jahrzehnten dynamischer als der Handel mit der EU. Die seit Sommer 2010 neu bestehende bürgerliche Regierungskoalition in der Slowakei verspricht eine deutliche Entspannung. Ganz im Gegensatz zur abgewählten populistischen pseudo-sozialdemokratischen Regierung unter Amtsvorgänger Robert Fico sucht die neue slowakische Ministerpräsidentin Iveta Radičová die Verständigung mit der ungarischen Minderheit.

Politik heute (2007 bis 2010)

Der Wahlkampf im Frühjahr 2010 geriet ganz im Gegensatz zur dramatischen Auseinandersetzung im Jahr 2006, die von einer personalisierten Zuspitzung des Duells zwischen **Ferenc Gyurcsány**, dem damals amtierenden Ministerpräsidenten und dem damaligen Herausforderer **Viktor Orbán** (bereits Ministerpräsident von 1998 bis 2002), gekennzeichnet war, zu einer diesmal wenig aufregenden Veranstaltung. Zu klar waren die neuen Machtverhältnisse absehbar, die nun durch die Parlamentswahlen vom April 2010 eine satte Zweidrittel-Mehrheit für die bürgerlich-konservative Partei Fidesz hervorbrachten. Orbán sah in Gyurcsány und der gesamten Partei der Ungarischen Sozialisten MSZP die perfekte Verkörperung der „Luxuslinken“, die soziale Gerechtigkeit predigen und selbst auf äußerst zweifelhafte Weise zu materiellem Wohlstand gekommen sind.

Der Wahlausgang zeigte, dass die Ungarn mit überwältigender Mehrheit der seit 2002 regierenden sozialistisch-linksliberalen Koalition das Vertrauen entzogen. Die diesmal nicht polarisierende Kampagne des bürgerlich-konservativen Lagers unter Führung von Orbán, bei der inhaltliche Fragen klar dominierten, brachte nun den vom konservativen Parteienspektrum intendierten Machtwechsel.

Kurzer Rückblick

Im Spätsommer 2006 eskalierten die politischen Spannungen in der ungarischen Hauptstadt Budapest mit einer ersten Schockwelle derart, dass befürchtet werden musste, Pariser Zustände mit wochenlangen Straßenschlachten und massiven Beschädigungen würden Einzug halten. Die zweite Protestwelle mit Krawallen und Straßenkämpfen setzte ausgerechnet am 23. Oktober 2006 ein. Die Feierlichkeiten des **50. Jahrestages des Aufstandes von 1956** gegen die kommunistische Sowjetherrschaft wurden wiederum von regierungsfeindlichen Protesten überschattet, denen sich auch gewaltbereite Rechtsradikale, Nationalisten und Skins anschlossen. Besonders schwer wiegt die Tatsache, dass die Feierlichkeiten dieses nationalen Gedenktages, der für die ungarische Identität von nicht zu überschätzender Bedeutung ist, von der postkommunistischen MSZP, die nach den Worten des damaligen Oppositionsführers Viktor Orbán eine „illegitime Regierung“ darstellte, ausgerichtet wurden. Den Beteuerungen des damaligen Ministerpräsidenten Gyurcsány zum Trotz, dass sich Ungarn jetzt als moderner, demokratischer Staat versteht, entzündete sich ein heftiger Streit, wem in den politischen Eliten und wem in der Gesellschaft, die so tief gespalten ist wie noch nie seit 1990, das geistige Erbe des Aufstandes von 1956 zustehe. Bei all der zynischen Schärfe der Auseinandersetzung konnte den wahren Helden und den Tausenden von Todesopfern des blutigen Aufstandes in keinerlei Weise gebührend gedacht werden.

Wahlen und neue Fidesz-Regierung 2010

Die Polarisierung der politischen Auseinandersetzung verlief nur sehr vordergründig entlang der Linie Anti-Kommunismus (frühere Oppositionspartei und nun Regierungspartei Fidesz) versus Post-Kommunismus (Ungarische Sozialistische Partei MSZP). Vielmehr ging es bis 2010 um völlig divergierende Positionen des **oppositionellen konservativ-bürgerlichen Lagers**, das nicht davor zurückschreckte, in der Gesellschaftspolitik populistische Töne anzuschlagen, die gepaart sind mit linken, interventionistisch orientierten wirtschafts- und sozialpolitischen Ansätzen. Diese Positionen prallten in einem permanenten Diskurs, der bisweilen außerparlamentarisch ausgetragen wurde, auf **post-sozialistische, linksliberale Ansätze**, die in Wirklichkeit die Reformunfähigkeit und den unbedingten Machterhaltungswillen der ehemaligen sozialistisch-linksliberalen Regierungskoalition offenbarten. Der knapp abgewendete Staatsbankrott aufgrund der völlig zerrütteten Staatsfinanzen, der im Gefolge der Weltfinanzkrise und weltweiten Rezession massiv offenkundig wurde, erschwerte nun die Reformbemühungen zusehends.

Der zwischenzeitlich amtierende Regierungschef **Gordon Bajnai**, der von 2009 bis zum April 2010 regierte, bezeichnete sich selbst als "Krisen-Manager ohne politische Ambitionen". Bajnai kündigte Sparmaßnahmen und Wirtschaftsreformen an. Viele Ungarn mussten sich darauf einstellen, Opfer zu bringen. An die Spitze der Ministerien für Wirtschaft, Finanzen, Soziales sowie Verkehr und Energie berief Bajnai ebenfalls parteilose Experten. Ungarn wurde von der Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen. Nach Angaben des nationalen Statistikamtes ist die Arbeitslosenquote zwischen Dezember 2008 und dem Winter 2009/2010 auf über 11 Prozent gestiegen. Ende des Jahres 2008 musste die Regierung Kredite von rund 25 Milliarden Dollar (19 Milliarden Euro) beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und EU-Institutionen beantragen.

Schon bei den Wahlen zum Europaparlament im Juni 2009 kam es zu einem wenig überraschenden, erdrutschartigen Sieg der bürgerlich-konservativen Partei Fidesz und der

rechtsextremen Partei Jobbik („Die Besseren“ bzw. „Die Rechten“). Diese Entwicklung zeigt sowohl die mangelnde Konsolidierung der demokratischen Parteienstruktur in Ungarn als auch den massiven Zulauf zu rechtsnationalen, bisweilen extremistischen Tendenzen. Diese Entwicklung setzte sich nun bei den richtungsweisenden Parlamentswahlen 2010 fort. Die Sozialisten gewannen gerade noch 59 der 386 Sitze im ungarischen Parlament. Die rechtsextremen Jobbik kamen auf immerhin 47 Abgeordnete und profitierten überaus stark vom Bodensatz der Unzufriedenen, die sich von populistischen Parolen vereinnahmen lassen. Einen Überraschungssieg konnte die urbane grün-alternative Bewegung LMP „Lehet Más a Politika“ („Politik kann anders sein“) landen, die über sieben Prozent der Wählerstimmen erringen konnte. Dieser Erfolg zeigt, dass es auch in einem postsozialistisch geprägten Land wie Ungarn möglich ist, mit einem Parteiprogramm Wählerstimmen zu gewinnen, das moderne politische Aspekte wie Ökologie und Bürgerrechte aufgreift.

Die größten Herausforderungen für den neuen Ministerpräsidenten Viktor Orbán liegen in folgenden Punkten:

- Überwindung der dramatischen Wirtschaftskrise und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Stärkung des einheimischen KMU-Sektors
- Steuersenkungen bei gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung
- Abbau der Bürokratie und Günstlingswirtschaft sowie Zurückdrängung der grassierenden Korruption
- Deutliche inhaltliche Abgrenzung von der rechtsextremen, anti-semitischen und roma-feindlichen Partei „Jobbik“

Dazu genießt Orbán sowohl die „Super-Mehrheit“ im ungarischen Parlament als auch den Rückhalt einer großen Bevölkerungsmehrheit.

Zugleich wählte das ungarische Parlament Ende Juni 2010 mit großer Mehrheit einen neuen Staatspräsidenten, der seit dem 6. August 2010 im Amt ist. Auch hier setzte sich erwartungsgemäß der Kandidat der bürgerlich-konservativen Partei Fidesz durch. Der ehemalige Weltklassefechter und Mannschaftsolympiasieger Pál Schmitt übernahm die Amtsgeschäfte vom angesehenen und unabhängigen Vorgänger László Solyom und dürfte einen weitaus weniger moderaten politischen, sondern entschieden konservativ-rechten Ton anschlagen. Es steht zu bezweifeln, ob Schmitt in der Lage sein wird, die tiefen politischen und gesellschaftlichen Gräben zu überwinden.

Sozialpolitik

Die Einführung eines gemischten privat-öffentlichen **Rentensystems** auf drei Säulen im Jahre 1998 stellte einen großen Schritt hin zu langfristig tragfähigen Staatsfinanzen dar. Diese Maßnahme ist auch deshalb sehr wichtig, da Ungarn wie Deutschland oder andere europäische Länder auch, eine schrumpfende Bevölkerung aufweist. Ein immer kleinerer Teil von jungen Erwerbstätigen müsste dann also in Zukunft einen immer größeren Teil von Rentner/innen versorgen. Dies kann nur geschehen, wenn auch private Rentenvorsorge getroffen wird und zugleich das Renteneintrittsalter schrittweise angehoben wird.

Mit der Reform des immer noch maroden **Gesundheitswesens** wurde erst begonnen. Diese Reform stellt eines der Kernstücke der im Frühjahr 2010 neugewählten rechts-konservativen Regierung dar. Vor allem in diesem sozialpolitisch äußerst brisanten Punkt wird sich die Reformfähigkeit zeigen müssen. Die massiven Spannungen, hervorgerufen bspw. durch Skandale und Krankenhausschließungen und weitere Einschnitte im sozialen System stellen die Gesellschaft immer wieder vor Zerreißproben.

Eine weitere immense Herausforderung besteht darin, der wachsenden Minderheit der **Roma** einen fairen Zugang zu langfristigen Arbeitsplätzen außerhalb des öffentlichen Dienstes und der Sozialverwaltung zu verschaffen sowie die bildungspolitische Integration dieser sozial diskriminierten Bevölkerungsgruppe voranzubringen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Nach der Verabschiedung und Umsetzung eines umfassenden wirtschaftspolitischen Konsolidierungsprogramms Mitte der 1990er Jahre wies Ungarn mehr als zehn Jahre einen dauerhaften, sich selbst tragenden **Aufschwung** mit permanent hohen realen Wachstumsraten zwischen 4 und 6 Prozent **Wachstum des BIP** pro Jahr auf. Der Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen war bis 2004 ungebrochen, auch wenn die lukrativsten Privatisierungsobjekte bereits bis 2001 veräußert wurden. Wohl in keiner der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften ist der Strukturwandel derart sichtbar wie in Ungarn. Shopping-Malls und mittlerweile, so wie in den USA oder Deutschland, schon wieder von der Schließung bedrohte Multiplexkinos prägen das Bild der Hauptstadt Budapest, während die östlichen Landesteile mit enormen strukturellen und regionalen Defiziten sowie einer **Arbeitslosenquote** über mancherorts weit über 20 Prozent kämpfen. Wohnungsknappheit in den Ballungsräumen und extreme Preisunterschiede auf dem Immobilienmarkt sind ein wichtiger Aspekt der mangelnden Mobilität des Faktors Arbeit. Auch wenn die Ungarn auf den Erfolg der traditionellen ungarischen Erzeugnisse wie Pick-Salami und Tokajer Wein nach wie vor stolz sind, sind Audi-TT-Coupé, DVD-Player von Philips, Nokia-Mobiltelefone und IBM-Computerteile die typischen ungarischen Produkte von heute.

Ungarn ist wegen der hohen Lohnnebenkosten und deutlich gestiegenen Reallöhne längst **kein Billiglohnland** mehr, muss aber den Sprung zum technologie- und wissensbasierten Wirtschaftswachstum erst noch verstetigen. Zum wirtschaftlichen Aufschwung bis 2008 trugen auch die hohen Zuwächse bei den Deviseneinnahmen aus der Tourismusbranche bei. Ungarn mit seinen ca. 10 Mio. Einwohnern findet sich bei den weltweit beliebtesten Tourismuszielen immerhin unter den fünfzehn bestplatzierten Ländern.

Doch abseits der weit fortgeschrittenen **institutionellen Konvergenz** und **realwirtschaftlichen Integration** in den europäischen Kernraum, die auch durch ein enorm gestiegenes Handelsvolumen erklärt werden kann, weist die ungarische Wirtschaftspolitik gravierende Mängel in der monetären und insbesondere fiskalischen Konvergenz auf. Sorge bereitete in den vergangenen Jahren die unvermindert hohe Inflationsrate von 4 bis 6 Prozent (bis Ende 2009), die sich aufgrund des vormals hohen Wachstumstempos und der gestiegenen Reallöhne trotz der geldpolitischen Interventionen seitens der Ungarischen Nationalbank nicht in die Nähe des Maastrichter Konvergenzkriteriums senken ließ.

Mit der Einhaltung eines strikten wirtschaftspolitischen Kurses in der Finanz- und Geldpolitik wollte Ungarn schon wenige Jahre nach dem erfolgten Beitritt zur EU dafür gesorgt haben, dass die strengen Maastricht-Kriterien zur **Übernahme des Euro** erfüllt werden können. Es wurden jedoch keinerlei Schritte unternommen, um das Zwillingsdefizit, bestehend aus einer übermäßigen Nettoneuverschuldung des Staates und einem daraus resultierenden Anstieg der Gesamtverschuldung (mittlerweile ca. 80 Prozent des BIP) sowie einer permanenten Verschlechterung der Leistungsbilanzposition (das Defizit betrug Ende 2008 7,3 Prozent des BIP) in den Griff zu bekommen. Ungarn wies ein deutlich verringertes Wachstum des realen BIP von 0,6 Prozent im Jahr 2008 und einen drastischen Wirtschaftsabschwung im Jahr 2009 auf (-6,4 % Schrumpfung der volkswirtschaftlichen Leistung) auf, da wirtschaftspolitische Fehler und die mangelhafte Konsolidierung das Potenzialwachstum hemmen. Bestehende regionale Unterschiede mit hoher Arbeitslosigkeit im Osten und Arbeitskräfteknappheiten im Westen des Landes verstärken den Anpassungsdruck, zumal für Regionalpolitik kaum Finanzmittel zur Verfügung stehen. Anders als in anderen neuen EU-Ländern, wie bspw. Polen, warteten ungarische Landwirte lange vergebens auf Ausgleichszahlungen aus Brüssel, da die administrativen Voraussetzungen nicht geschaffen worden waren. Mittlerweile mahnen Experten zu einer strengen Ausgabendisziplin bei den Staatsfinanzen und der Stärkung der Einnahmenseite im Rahmen der EU-Verpflichtungen.

Die **Arbeitslosenquote**, die zum Zeitpunkt des EU-Beitritts bei einem hervorragenden Wert von unter sechs Prozent lag, stieg bis Ende 2009 auf über 11 Prozent und zählt damit mittlerweile zu den höchsten Arbeitslosenquoten in der EU. Die Gefahr einer gestiegenen strukturellen Arbeitslosigkeit, die auch bei positiven Wachstumsraten nicht abgebaut werden kann, ist durchaus gegeben. Damit würde Ungarn die wirtschaftspolitischen Fehler alter EU-Länder begehen, die man durch konsequente Reformbemühungen immer vermeiden wollte. Bei einem mittlerweile schwachen realen Wirtschaftswachstum gestaltet sich der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bei den gleichzeitig bestehenden immensen sozialpolitischen Herausforderungen als besonders problematisch. Wirtschaftspolitisch steht Ungarn damit an einem Scheideweg zwischen Ankurbelung des Wirtschaftswachstums oder dauerhafter Rezession! Die OECD mahnt immer wieder die ausgeprägte Wachstumsschwäche und die mangelnde Konsolidierung des Staatsbudgets seit 2006 an.

Die Zusammensetzung des Bruttosozialprodukts (primärer Sektor „Landwirtschaft“, sekundärer Sektor „Industrie“, tertiärer Sektor „Dienstleistungen“) ähnelt der in den meisten EU-Mitgliedsstaaten. Besonders bedeutsam für die ungarische Volkswirtschaft ist der Strukturwandel in der verarbeitenden Industrie (z.B. Maschinenbau und Elektroindustrie). Sie zeichnete sich bis zum Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 durch eine **starke Exportorientierung** und eine der weltweit höchsten Produktivitätszunahmen aus. Durch umfassende institutionelle und strukturelle Reformen gelang es Ungarn lange Zeit, ein robustes Wirtschaftswachstum zu erzielen und die Arbeitslosenquote zu senken. Sie steigt jedoch aufgrund der mangelhaften Ausnutzung des Potenzialwachstums und der tiefen Wirtschaftskrise. Nach Strukturreformen, die mehrere Jahre dauerten und die Entwicklung eines dynamischen, von Unternehmen in ausländischem Besitz getragenen Ausfuhrsektors förderten, konzentriert sich die Wirtschaftspolitik seit dem Jahr 2000 in erster Linie auf die unmittelbare Verbesserung des Lebensstandards durch Lohn- und Rentenerhöhungen und den Ausbau der Infrastruktur durch öffentliche Investitionen, wofür ein höheres Haushaltsdefizit in Kauf genommen wurde. Die sich daraus ergebende starke öffentliche und private Inlandsnachfrage federte den Rückgang des Wirtschaftswachstums seit dem ersten Halbjahr 2001 zum Teil ab. Das reale BIP wuchs von 1997 bis 2006 durchschnittlich 4,5 Prozent pro Jahr. Damit hat sich auch die reale Einkommenssituation weiter, jedoch bei weitem nicht aller Bevölkerungsteile verbessert. Vor allem Rentner/innen und Geringverdiener leiden unter dem hohen Preisniveau und der gestiegenen Inflationsrate, sodass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage Schwächen zeigt.

Vom Ausbruch der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise ab 2008 ist Ungarn aufgrund der eigenen zerrütteten Staatsfinanzen besonders stark betroffen. Wegen des hohen Doppeldefizits (Leistungsbilanz und Staatshaushalt) und der hohen Verschuldung der privaten Haushalte, die zu erheblichen Teilen in Fremdwährungen erfolgte, erlitt der Forint gegenüber dem Euro ab Oktober 2008 erhebliche Kursverluste. Die Zentralbank erhöhte daraufhin den Zins um 3 Prozentpunkte. Außerdem musste die Europäische Zentralbank Ungarn einen Swap in Höhe von 5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, weil ungarische Banken die Vergabe von Devisenkrediten weitgehend eingestellt hatten. Nachdem auch der Markt für ungarische Staatsanleihen wegbrach, bat Ungarn den IWF um Hilfe. Im Oktober 2008 gab der IWF bekannt, Ungarn mit einem Rettungspaket zu unterstützen. Die Europäische Union und die Weltbank beteiligen sich ebenfalls an dem Rettungspaket; insgesamt wurde Ungarn ein Kredit von knapp 20 Mrd. Euro gewährt.

Das Land konnte trotz erheblicher Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben einige bedeutende Verbesserungen der Infrastruktur erzielen. So wurde beispielsweise Budapest als erste mittel- und osteuropäische Hauptstadt an das westeuropäische Autobahnnetz

angeschlossen. Ebenfalls nimmt Ungarn neben Tschechien die führende Stellung in Mittel- und Osteuropa bei der Verbreitung von Mobiltelefonen ein. Von 100 Ungarn/Ungarinnen besitzen 85 ein Handy bzw. 32 einen eigenen PKW. Sowohl das Eisenbahn- und das Straßennetz als auch die Energiewirtschaft werden bereits seit längerem modernisiert.

Bei der **Angleichung an EU-Normen** (Gesetze, Richtlinien und Normen) wurden zwar große Fortschritte erzielt. Auch die Ratifizierung des **EU-Vertrags von Lissabon** brachte Ungarn als erstes der 27 EU-Länder auf den Weg. In der konkreten Umsetzung des **Acquis Communautaire** (Rechtsbesitzstand der EU) bestehen allerdings noch große Probleme, besonders im Bereich des Umweltschutzes (Filteranlagen, Kläranlagen etc.) und des Ausbaus einer effizient arbeitenden staatlichen Administration.

Ungarn in Politik und Wirtschaft – kurz gefasst

- „Zwei-Parteien-Landschaft“ → bis zu den Wahlen im April 2010 extreme politische Polarisierung und jahrelange dramatische, personalisierte Zuspitzung der Auseinandersetzung auf Ex-Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány und dem neuen, „alten“ (von 1998 bis 2002 bereits amtierenden) Ministerpräsidenten Viktor Orbán
- Erdrutschartiger Sieg der bürgerlich-konservativen Partei Fidesz und der rechtsextremen Partei Jobbik bei den Parlamentswahlen im April 2010 mit verfassungsändernder Zweidrittel-Mehrheit für die neue Fidesz-Regierung unter Viktor Orbán
- Kampf gegen die dramatische Wirtschaftskrise durch hartes Sparprogramm und Einschnitte, auch im sozialen Bereich
- Umfassende Reform des Gesundheitswesens als weitere Hauptaufgabe der neuen Regierung gefordert
- Langfristige Aufgabe → Überwindung der stark ausgeprägten regionalen Disparitäten „West-/ Ostungarn“
- Deutliche Abschwächung des lang anhaltenden soliden und exportorientierten Wachstums durch wirtschaftspolitische Fehlgriffe, tiefe Rezession im Jahr 2009!
- Währungsstabilität in Gefahr durch mangelhafte Inflationsbekämpfung
- Zudem mangelhafte makroökonomische Konsolidierung → „Zwillingsdefizit“ – hohes Staatshaushaltsdefizit bei gleichzeitigem Leistungsbilanzdefizit (Importe > Exporte)
- Privatisierung, Umstrukturierung und eigentliche ökonomische Systemtransformation weitgehend abgeschlossen
- Deutlich angestiegene Arbeitslosenquote bei negativem Wachstum des realen BIP → Gefahr der Zementierung struktureller Arbeitslosigkeit auf Dauer

Wirtschaftsgeographie Ungarns

- **Regionen A:** Großraum Budapest, Westungarn (Győr, Sopron) – niedrige Arbeitslosenquote, hohe Arbeitsproduktivität, hoher Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen und Fachkräftemangel, entwickelter Immobilienmarkt
- **Regionen B:** Balaton/Plattensee, Südwestungarn, Debrecen (Ostungarn) – Entwicklung durch Tourismus und neue Industrieansiedlungen, allerdings ausgeprägte saisonale Schwankungen, bereits signifikante Arbeitslosigkeit (insbesondere im Winter)
- **Regionen C:** Südostungarn – höhere Arbeitslosenquote als im Landesdurchschnitt, strukturelle Probleme sichtbar, ländliche Entwicklung durch EU-Transfers angestrebt
- **Regionen D:** Nordostungarn – extreme Defizite in ländlichen Strukturen, notleidende Industrien, erzwungene Binnenmigration, unzureichendes Unternehmertum.